Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

199 (26.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 199 — Freitag, den 26. August 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat den Reichstagspräsidenten Löbe verständigt, daß Klara Zetkin die erste Sitzung des Reichstages leiten und das Alterspräsidium übernehmen werde.

•

Die Notendeckung bei der Reichsbank betrug am 23. August 25,2 Prozent gegen 24 Prozent am Ende der Vorwoche.

•

Gegen den früheren Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und den Polizeikommandeur Heimannsberg ist Anklage erhoben worden wegen Zuwiderhandlung gegen die Anordnungen des Militärbefehlshabers von Berlin.

•

Das spanische Kriegsgericht verurteilte General Sanjurjo, den Anführer des Aufstandes von Sevilla, zum Tode. Eine Gnadenaktion ist bereits eingeleitet.

•

Im Fehmarnbelt wurden zwei weitere Todesopfer der „Niobe" gefunden und geborgen.

Der Wechsel im Reichswirtschaftsministerium

Berlin, 25. Aug. Der Herr Reichspräsident hat den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. **Trendelenburg** auf seinen Antrag in den einstweiligen Ruhestand versetzt und den Direktor im einstweiligen Ruhestand Geheimen Regierungsrat Dr. Karl **Schwarzkopf** zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt.

Reichspräsident, Reichskanzler und Reichswirtschaftsminister an Dr. Trendelenburg

Berlin, 25. Aug. Der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichswirtschaftsminister haben an den aus seinem Amt scheidenden Staatssekretär Dr. Trendelenburg Schreiben gerichtet, in denen die Tätigkeit Dr. Trendelenburgs **in wärmsten Worten gewürdigt wird.**

Das Schreiben des **Reichspräsidenten** lautet u. a.:

„Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ihrem Antrage entsprechend habe ich Sie mit dem beifolgenden Erlasse von dem Amte des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium entbunden. Ich gedenke bei diesem Anlaß in aufrichtiger Anerkennung der wertvollen Dienste, die Sie in fast zehnjähriger Tätigkeit in diesem Amte der deutschen Volkswirtschaft und damit dem Vaterlande geleistet haben und spreche Ihnen für Ihre vorbildliche Pflichttreue und unermüdliche Arbeit namens des Reiches wie im eigenen Namen herzlichen Dank aus.

In dem Schreiben des **Reichskanzlers** heißt es u. a.: Wenn Sie die deutschen Interessen bei den internationalen Verhandlungen vertraten, haben Sie stets im Rahmen des Erreichbaren gebesten Erfolge erzielt. Sie haben auch wirksamen Einfluß genommen auf die Meinungen und Anschauungen der weltwirtschaftlich interessierten und maßgebenden Kreise jenseits der Grenzen, bei denen Sie ein hohes Ansehen genießen. So haben Sie, sehr verehrter Herr Staatssekretär, für das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft Verdienste erworben, die nicht vergessen werden.

Der **Reichswirtschaftsminister** schreibt u. a.: Wenn das Reichswirtschaftsministerium die vielseitigen und schwierigen Aufgaben durchführen konnte, die es zu erfüllen hatte, dann beruhte dies in besonderem Maße auf ihrer verständnisvollen und weitsichtigen Führung. Es wird besondere Sorge der Reichsregierung sein, Ihre wertvolle Arbeitskraft dem Staatsdienst und der Wirtschaft auch künftig zu erhalten. Ich freue mich daher, heute Ihre **Ernennung zum Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats mitteilen zu können.**

Eine Unterredung zwischen Dr. Bracht und Kerrl

Berlin, 25 Aug. Der stellvertretende preußische Reichskommissar **Dr. Bracht** hatte am Donnerstag vormittag eine **Unterredung** mit dem Präsidenten des Preußischen Landtages, **Kerrl,** über die Frage, wie sich **die kommissarische preußische Regierung gegenüber dem Landtag verhalten wird, insbesondere über die Frage der Verantwortlichkeit dieser Regierung gegenüber dem Parlament.**

Ueber diese Unterredung erfährt das Nachrichtenbüro des VdZ. noch folgende Einzelheiten:

Dr. Bracht versicherte ausdrücklich, daß die Auffassung der Regierung von ihrer Nichtverantwortlichkeit gegenüber dem Landtag selbstverständlich nichts an der Tatsache ändere, daß die Regierung gewillt sei, mit dem Landtag in **entgegenkommender Weise zusammenzuarbeiten.** Aus der Ablehnung der parlamentarischen Verantwortlichkeit ergebe sich allerdings, daß **die Regierung selbst** über die Form ihrer Zusammenarbeit mit dem Landtag **zu entscheiden habe,** also z. B. auch darüber, ob die Verhandlungen zwischen Regierung und Parlament auf schriftlichem Wege vor sich gehen sollen oder ob Regierungsvertreter zur Auskunftserteilung in den Landtagssitzungen erscheinen. Weiter wurde zwischen den beiden Herren auch die Einberufung des sogenannten **Zarnow-Untersuchungsausschusses** nach Beuthen-Oberschlesien erörtert. Dr. Bracht dürfte dabei seine grundsätzlichen Bedenken gegen die Reise des Ausschusses zum Ausdruck gebracht haben, insbesondere aber seine Bedenken dagegen, daß der Untersuchungsausschuß jetzt schon in die Angelegenheit eingreifen will, während das Wiederholungsverfahren in der Schwebe ist.

Doch Anleihepläne für Arbeitsbeschaffungsprogramm?

T.U. **Berlin,** 25. Aug. Im Zusammenhang mit der Unterredung, die am Donnerstag führende Persönlichkeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie mit dem Reichskanzler hatten, berichtet der „Berliner Börsenkurier", daß entgegen den offiziellen Versicherungen, daß kein Rückfall in planwirtschaftliche Tendenzen zu erwarten sei, in Kreisen der genannten Wirtschaftsführer offenbar gegenteilige Befürchtungen vorherrschen. Das Blatt fährt fort: „Es verlautet, die Regierung erwäge, das große Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Landrat Dr. Gercke, der zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ausersehen ist, entworfen hat, entweder durch ein 3%ige Vermögensabgabe oder durch eine 3%ige Zwangsanleihe zu finanzieren. Auf der Grundlage von zusätzlichen Geldern soll die Wirtschaft in einem solchen Maße angekurbelt und steuerkräftig gemacht werden, daß infolge der zu erwartenden starken Geldrückflüsse zur Reichsbank und zu den Staatskassen keine Inflationsgefahr entstehen würde."

Auf Anfrage an unterrichteter Stelle wird darauf hingewiesen, daß über den Inhalt der Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Industrieführern völliges Stillschweigen vereinbart worden ist. Aus der Meldung des „Börsenkurier" können daher keinerlei Schlüsse auf den Gang der Besprechungen oder auf die Pläne der Reichsregierung gezogen werden.

*

Die angeblichen Finanzierungspläne der Reichsregierung.

T.U. **Berlin,** 26. Aug. Wie der „Börsenkurier" ergänzend zu seinen Informationen über die angeblichen Pläne der Reichsregierung bezüglich der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms meldet, soll die endgültige Entscheidung über diese Frage heute fallen. Es könne natürlich zu Schwierigkeiten bei der Zwangsanleihe insofern kommen, als es den Steuerbelasteten manchmal nicht möglich sein werde, die erforderlichen Summen bar aufzubringen. In solchen Fällen würde, wie man annehmen darf, eine Stundung gewährt werden, und es gebe ja für das Reich Wege, eine mobile Forderung in Lombardkredite umzuwandeln.

England und die deutschen Gleichheitsansprüche in der Rüstungsfrage

Das englische Auswärtige Amt erkennt die deutschen Gleichheitsansprüche in der Rüstungsfrage an.

T.U. **London,** 25. Aug. Die rechtlichen Untersuchungen im englischen Außenamt über die deutschen Gleichheitsansprüche in der Rüstungsfrage haben nach eingehender Prüfung der verschiedenen in Frage kommenden Verträge (Versailler Vertrag, Brief Clemenceaus an die deutsche Abordnung in Versailles, Locarno-Vertrag) ergeben, daß an der juristischen Berechtigung der deutschen Forderung kein Zweifel mehr bestehen kann. Man sei sich im englischen Außenministerium, so versicherte ein hoher Beamter desselben dem Londoner Korrespondenten der Telegraphen-Union, über die ethische und juristische Berechtigung der deutschen Gleichheitsansprüche vollkommen klar, und man stehe den deutschen Wünschen auf Beseitigung der diskriminierenden Bestimmungen durchaus verständnisvoll gegenüber. Die anfänglichen Bedenken, die man zuerst beim Aufwerfen der deutschen Forderungen gehabt habe, und die Befürchtungen, daß sie zu einer ungünstigen Rückwirkung auf die internationale Lage führen könnten, hätten sich glücklicherweise nicht erfüllt und man sei jetzt in London der Ansicht, daß kein Schaden angerichtet sei. Das Beste, was man von der Abrüstungskonferenz im Augenblick erhoffen könne, sei, daß sie sich im Rahmen der letzten Entschließung Punkt für Punkt weiter entwickeln werde. Man sei sich aber darüber vollkommen klar, daß nur langsam Fortschritte gemacht werden könnten. Die englische Diplomatie sei sich — ohne daß bisher amtliche Schritte in London unternommen worden seien — über die deutschen Ziele klar und rechne damit, daß die Deutschen vielleicht schon bald sicherlich aber nach Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen und voraussichtlich innerhalb des allgemeinen Büros die Frage der Gleichberechtigung aufwerfen würden, obwohl dieser Punkt nicht in der Entschließung enthalten sei. Man habe ihn — wie auch die französische Sicherheitsforderung — aus naheliegenden Gründen absichtlich aus der Entschließung weggelassen.

Bei aller Würdigung der deutschen Absichten gebe man sich aber in London der Hoffnung hin, daß die deutsche Politik unter Berücksichtigung der internationalen Lage ihre Geduld nicht verlieren, sich bei Vorbringung ihrer Forderung des größten Taktes und Geschickes befleißigen und sich der weiteren Entwicklung auf der Abrüstungskonferenz anpassen werde. England sei zwar an deutsch-französischen Verhandlungen zur Regelung und Befriedung der europäischen Verhältnisse nicht unmittelbar interessiert, werde aber diese doch begrüßen, da sie zurzeit die einzige Aussicht auf mögliche Fortschritte in den allgemeinen Abrüstungsverhandlungen böten.

Anfang nächster Woche Berichterstattung des Reichskanzlers in Neudeck?

T.U. **Berlin,** 26. Aug. Der Reichskanzler wird, wie der „Lokalanzeiger" berichtet, wahrscheinlich Anfang der nächsten Woche dem Reichspräsidenten in Neudeck einen Besuch abstatten. Er werde über die Beratungen des Kabinetts und über den Inhalt der Notverordnung, die die ersten Maßnahmen des Aufbauprogramms enthält und deren Veröffentlichung für Ende nächster Woche vorgesehen ist, Bericht erstatten. Außerdem werde der Kanzler mit dem Reichspräsidenten die gesamte innerpolitische Lage besprechen. Wahrscheinlich werde der Kanzler zurzeit der formalen Eröffnung des Reichstages sich in Neudeck aufhalten.

Französischer Kammerabgeordneter beim Reichskanzler

T.U. **Berlin,** 25. Aug. Berliner Blätter geben eine Havas-Meldung aus Paris wieder, nach der der französische Abgeordnete Fribourg, der Berichterstatter der auswärtigen Kammerkommission für Mitteleuropa, am Donnerstag von Reichskanzler von Papen, von Reichswehrminister von Schleicher und von Staatssekretär von Bülow empfangen wurde. Die Unterhaltung habe die wichtigsten deutsch-französischen Probleme berührt, besonders auch die Frage der Gleichberechtigung, und sei von dem Wunsche nach gegenseitigem Verständnis für die besondere Lage der beiden Länder getragen gewesen.

Vorstandssitzung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks

Detmold, 25. Aug. Nach vorausgegangenen Beratungen im Verwaltungsausschuß des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages trat am 10 August 1932 der **Vorstand des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages** zu einer gemeinsamen Sitzung in **Detmold** zusammen. Der Sitzung wohnte als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Ministerialrat Dr. **Hoppe** bei. Die Sitzungsteilnehmer wurden von dem Präsidenten der Lippischen Landesregierung **Drake** sowie von dem Oberbürgermeister der Stadt Detmold Dr. **Peters** begrüßt.

Die gemeinsamen Vorstände beschäftigten sich zunächst mit den in der Presse kürzlich bekanntgegebenen programmatischen **Forderungen des Handwerks zur Wirtschaftspolitik.** Die Vorstände des Kammertages und des Reichsverbandes gaben einhellig der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Forderung des Berufsstandes nach Einräumung einer direkten Vertretung bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck weiterzuverfolgen ist. Die Sitzung beschäftigte sich weiterhin mit den Fragen der Neuordnung der **berufsständischen Selbstverwaltung.** Die augenblicklich vorhandene Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß die Voraussetzungen zur alsbaldigen Verwirklichung einer staatlichen Ständeordnung nicht gegeben sein dürften. Innerhalb der Wirtschaft dagegen ist die Inangriffnahme berufsständischer Regelungen ein dringendes Erfordernis. Es wurde als notwendig erkannt, die vorbereitenden Arbeiten hierfür beschleunigt zu fördern, damit für den Bereich des Handwerks alsbald konkrete Vorschläge gemacht werden können.

In der Sitzung wurden schließlich die Bestrebungen auf **Einschränkung der Gewerbefreiheit** bezw. Einführung eines Befähigungsnachweises sowie Maßnahmen zur **Bekämpfung der Schwarzarbeit** einer eingehenden Besprechung unterzogen. In diesem Zusammenhang ergab die Besprechung, daß vordringlich Schritte zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erneut zu unternehmen sind, daß darüber hinaus den Bestrebungen zur Einschränkung der Gewerbefreiheit bezw. Einführung eines Befähigungsnachweises weiterhin besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden ist. In diesem Sinne sollen schon in der allernächsten Zeit die bei den Spitzenkörperschaften bestehenden Arbeitsausschüsse bezw. deren Kommissionen erneut zu Beratungen zusammentreten.

Anklageerhebung gegen Dr. Weiß und Heimannsberg

Berlin, 25. Aug. Die Justizpressestelle teilt mit: Die Staatsanwaltschaft 1 Berlin hat gegen die nicht mehr im Amt befindlichen Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard **Weiß** und Polizeikommandeur Magnus **Heimannsberg Anklage wegen Vergehens gegen den Paragraph 3 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 erhoben.**

Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, am 20 Juli ds. Js. der im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Generalleutnants von Rundstedt, des damaligen Militärbefehlshabers, sich der weiteren Amtsausübung zu enthalten, zuwidergehandelt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat beantragt, das Hauptverfahren vor der Großen Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin zu eröffnen.

Fortdauernde Unruhen in Beuthen

Beuthen, 25. Aug. Im Zusammenhang mit der von nationalsozialistischer Seite durch ein Extrablatt angekündigten angeblich bevorstehenden Ueberführung der fünf zum Tode verurteilten SA- und SS-Leute aus dem Beuthener Gerichtsgefängnis nach der Strafanstalt in Groß-Strelitz hat sich in den Abendstunden des Mittwochs in den Straßen von Beuthen eine größere Anzahl von Nationalsozialisten in Uniform in geschlossenen Formationen angesammelt, die unter Absingen des Horst-Wessel-Liedes und anderer nationalsozialistischer Lieder die Straßen der Stadt in der Nähe des Strafgerichtsgebäudes durchzogen. Bisher wurden mehrere Schaufensterscheiben zertrümmert. Die Polizei ist wiederum in verschärfter Alarmbereitschaft und mit Stahlhelm, Karabinern und Maschinenpistolen ausgestattet.

Bei der von der Polizei vorgenommenen Räumung mehrerer Straßen wurden **etwa 20 Personen, meistens Nationalsozialisten,**

verletzt, einige von ihnen schwer. — In der Bahnhofstraße versuchten Arbeitslose ein jüdisches Abzahlungsgeschäft zu plündern; sie wurden jedoch von uniformierten Nationalsozialisten daran gehindert und der Polizei übergeben. Gegen Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt, nachdem den SA.-Formationen, unter denen sich auch Breslauer Gruppen befinden, bekannt geworden war, daß ein **Abtransport** der zum Tode Verurteilten vorerst **nicht stattfindet.**

*

Acht Verhaftungen in Beuthen

Beuthen, 25. Aug. Die Polizeipressestelle teilt noch mit:

Auf der Bahnhofstraße wurde der Schaukasten der „Oberschlesischen Volkszeitung" **eingeschlagen,** nachdem kurz zuvor auf der Gymnasialstraße zwei Fensterscheiben der Wohnung eines Goldstein eingeschlagen worden waren, ferner die Schaufensterscheibe der Firma Steinhauer u. Tiefenbrunn. Die Auslage wurde geplündert. Ein Täter wurde festgenommen. Ecke Schul- und Kuckowitzerstraße haben junge Burschen die Fensterscheiben des kommunistischen Büros eingeschlagen. Sie zertrümmerten aber auch die Fensterscheiben eines angrenzenden Gebäudes. Gegen 18 Uhr war noch eine zweite Scheibe des Geschäfts von Kochmann in der Schulstraße eingeschlagen worden. Um 23 Uhr wurde auf der Bahnhofstraße ein Personenkraftwagen sichergestellt und die sechs Insassen auf Grund des Demonstrationsverbotes und wegen fortgesetzten ruhestörenden Lärms verhaftet, so daß **insgesamt acht Personen von der Polizei im Laufe der Vorfälle am Mittwoch abend verhaftet wurden.**

*

Polizeiverordnungen in Oberschlesien

Oppeln, 25. Aug. Der Oberpräsident von Oberschlesien hat zwei **Polizeiverordnungen** erlassen, die sofort in Kraft treten. In der ersten Verordnung wird **die Beförderung von Personen zu politischen Zwecken** mit Lastkraftwagen verboten. In der zweiten Verordnung wird angeordnet, daß in dem Gebiet **um das Strafgericht** in Beuthen jede Ansammlung oder **Zusammenrottung von Einzelpersonen und Gruppen** auf den Straßen verboten ist. Auch das Befahren des gesamten Stadtbezirks mit Lastwagen zwecks Personenbeförderung wird verboten.

Kommunistische Massenanträge im Reichstag

T.U. **Berlin,** 25. Aug. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstag mehr als 15 Anträge eingebracht und zwar einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung, zwei Mißtrauensanträge gegen den Reichsinnenminister von Gayl und den Reichswehrminister von Schleicher, einen Antrag auf sofortige Zurückziehung des mit „Militärgewalt eingesetzten Reichskommissars für Preußen", einen Antrag auf Nichtdurchführung des neuen Tributvertrages von Lausanne und auf Einstellung der „verschleierten Reparationszahlungen in der Form von sogenannten privaten Auslandsanleihen", sowie auf Austritt aus dem **Völkerbund,** ferner eine Fülle von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die im wesentlichen auf Aufhebung sämtlicher Notverordnungen hinauslaufen. Ein kommunistischer Initiativantrag fordert Festsetzung der Höchstarbeit auf 7 Stunden täglich bezw. 40 Stunden wöchentlich. Schließlich wird Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen gefordert.

Das Gustav Adolf-Jahr in Nürnberg

T.U. **Nürnberg,** 25. Aug. Die Vorstadt Wöhrd prangte am Donnerstag wegen der Gustav Adolf-Feier im reichen Flaggenschmuck. Die gesamte Bevölkerung war auf den Beinen. Nach dem Einzug der schwedischen und deutschen Ehrengäste in die Bartholomäus-Kirche und dem Gesang von Gustav Adolfs Schlachtlied bei Lützen „Verzage nicht, Du Häuflein klein" begrüßte Kirchenrat Dekan Weigel namens der evangelischen Kirchengemeinde Nürnbergs die Teilnehmer und gedachte besonders der 64 schwedischen Offiziere, die damals bei den Kämpfen um Nürnberg gefallen und in der Kirche bestattet sind. Als Vertreter des schwedischen Generalstabs sprach Generalfeldzeugmeister Hammerskoll in deutscher Sprache. Zum Zeichen unauslöschlichen Gedenkens für das, was die damals gefallenen schwedischen Offiziere für ihr Vaterland geleistet hätten, aber auch zum Bewußtsein der Dankbarkeit für das freundschaftliche Erinnern, das die Stadt Nürnberg alle Zeit für Schweden hegte, habe der schwedische Generalstab eine Gedächtnistafel gestiftet, deren Hülle jetzt fallen möge. Die Gedenktafel zeigt das Bildnis Gustav Adolfs und zwei Inschriften: ein Wahlspruch des schwedischen Königs, sowie die Widmung des schwedischen Generalstabs. Es sprachen dann noch Pfarrer Klingler-Nürnberg, der zweite Oberpfarrer Bayerns, Klingner, und Major von Hellingbrunner, der gemeinsam mit einem schwedischen Offizier einen Lorbeerkranz an der Gedächtnistafel niederlegte. Am Abend fand im Opernhaus die Festaufführung von Desvrients Schauspiel „Gustav Adolf" und in der St. Lorenz-Kirche ein deutsch-schwedischer Gottesdienst statt.

Das Urteil gegen die spanischen Aufständischen

General Sanjurjo zum Tode verurteilt

Madrid, 25. Aug. Die amtliche Mitteilung über das Urteil des Kriegsgerichts bestätigt, daß General Sanjurjo zum Tode verurteilt worden ist. Die beiden Mitangeklagten General Herranz und Oberstleutnant Infant wurden zu lebenslänglicher bezw. 12jähriger Haft verurteilt. Hauptmann Sanjurjo wurde freigesprochen.

Schritte zur Begnadigung Sanjurjos

Madrid, 25. Aug. Das spanische Kabinett scheint sich in einer abgehaltenen Sitzung dafür entschieden zu haben, beim Präsidenten der Republik die **Begnadigung des zum Tode verurteilten Generals Sanjurjo zu beantragen.** Der französische Botschafter in Madrid, Herbette, soll namens der französischen Regierung einen Schritt unternommen haben, damit General Sanjurjo nicht hingerichtet werde.

Sanjurjo zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

T.U. **Madrid,** 25. Aug. Die spanische Regierung hat das Todesurteil für General Sanjurjo in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt.

Der Ministerpräsident gab der Presse in später Abendstunde von der Begnadigung Kenntnis. Allem Anschein nach war es für die Regierung nicht leicht, zu dem Entschluß zu kommen, eine Begnadigung zu empfehlen. Einem ergebnislos verlaufenen Ministerrat am Vormittag folgte eine längere Besprechung mit dem Präsidenten der Republik, in der ebenfalls keine Entscheidung fiel. Am Nachmittag fand dann im Parlamentsgebäude ein Ministerrat statt, der 2½ Stunden dauerte und endlich die Entscheidung brachte. Die Regierung hatte dabei vielerlei zu erwägen, so u. a., daß bei einer Begnadigung des militärischen Oberhauptes der Aufständischen auch die Führer des Madrider Aufstandes nicht füsiliert werden könnten. Immerhin ist in Madrid viel Blut geflossen, was jedenfalls besondere Maßnahmen bedingt. Der Prozeß gegen die Madrider Aufständischen wird in der nächsten Woche stattfinden. Es sind mehrere Todesurteile zu erwarten. Auf die Regierung machte weiter die Tatsache Eindruck, daß im Falle Sanjurjo entgegen sonstigen Gepflogenheiten nur sehr wenig Gnadengesuche bei ihr eingereicht worden waren. Unter den Abgeordneten gab es eine ganze Anzahl, die unter allen Umständen Sanjurjos Tod forderten; es handelt sich hierbei in erster Linie um Abgeordnete der äußersten Linken. Aber auch die Gesamtheit der radikalsozialistischen Fraktion hat für die Todesstrafe gestimmt. Infolgedessen wird jetzt davon gesprochen, daß es möglicherweise zu einer Regierungskrise kommen könnte, falls die beiden radikalsozialistischen Minister zurücktreten sollten. Die Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Umsturz gehen weiter.

Französisch-russische Verhandlungen

Paris, 25. Aug. Der Besuch des Sowjetbotschafters Dowgalewski beim Ministerpräsidenten Herriot dürfte, wie „Echo de Paris" meint, wohl der Vorbereitung des bereits Ende August 1931 in Angriff genommenen französisch-russischen Nichtangriffsvertrages gedient haben.

In den letzten Tagen ist der russische Botschafter Dowgalewski so oft im französischen Außenministerium erschienen, **daß über den Beginn französisch-russischer Verhandlungen kein Zweifel mehr bestehen kann.** Obwohl von amtlicher Seite nichts darüber bekanntgegeben wird, scheint es sich um verschiedene Dinge zu handeln, in erster Linie um eine Neugestaltung der **französisch-russischen Handelsbeziehungen.** Schon vor einem Jahr hat „Echo de Paris" behauptet, daß der Text eines französisch-russischen Vertrages festgesetzt sei und hat sogar den Inhalt artikelweise bekanntgegeben. Das Blatt, das wieder einmal die größten Gefahren für Frankreich aus einer Anlehnung an Rußland entstehen sieht, kommt jetzt auf seine früheren Angaben zurück, insbesondere auf eine Bestimmung des Vertrags, die jedem Vertragsgegner untersagt, die Waren des anderen auszuschließen und etwa zu diesem Zweck Verträge mit anderen Staaten abzuschließen. Rußland will sich seinerseits verpflichten **keine kommunistische Werbung in Frankreich zu treiben.** Die Russen sollen bereit sein, größere Aufträge an Frankreich zu erteilen, jedoch mit der Bedingung, daß die französische Regierung für die Bezahlung dieser Bestellungen eine Bürgschaft bis zu 40 Prozent übernimmt. Es gehen ferner Gerüchte von einer Erneuerung früherer russischer Angebote **zur teilweisen Begleichung der russischen Vorkriegsschulden um.** Ein solches Angebot war im Jahr 1927 von dem damaligen Botschafter Rakowski gemacht worden, das aber zurückgewiesen wurde, weil es nur rund ein Drittel der Schulden betraf. Jetzt soll Rußland angeblich bereit sein, Frankreich etwa 60 Millionen Goldfranken jährlich auf die Dauer von 62 Jahren zu zahlen, aber als Gegenleistung die Diskontierung von Wechseln der russischen Handelsvertretung in Paris durch die Bank von Frankreich verlangen. Es wird sogar von der Möglichkeit gesprochen, neue russische Anleihen auf Goldfranken lautend, an der Pariser Börse einzuführen.

Die Besprechungen Herriots mit dem russischen Botschafter scheinen sich aber auch auf den **russisch-polnischen Nichtangriffs-Vertrag und die Stellung Rumäniens** zu beziehen. Die französischen nationalistischen Kreise regen sich auch darüber auf und sprechen schon von einer Preisgabe Rumäniens.

Herriot bestätigt die Besprechungen mit Dowgaleski über den Nichtangriffsvertrag.

T.U. **Paris,** 25. Aug. Herriot bestätigte der Presse, daß er mit dem sowjetrussischen Botschafter Dowgaleski über die Frage des französisch-russischen Nichtangriffspaktes gesprochen habe. Der Unterredung komme jedoch keine außergewöhnliche Bedeutung zu. Der Botschafter habe bereits mehrfach zum Zwecke einer laufenden Fühlungnahme mit dem Quai d'Orsay vorgesprochen.

Chicago baut den höchsten Turm der Welt.

Skizze des „Ueber-Eiffelturms", der nach den Plänen des Ingenieurs Frank A. Randall als Wahrzeichen der Chicagoer Weltausstellung 1933 errichtet werden soll. Man berechnet die Bautzeit der riesigen „Eisernen Nadel", die doppelt so hoch (629 Meter) wie der Eiffelturm wird, auf nur 6 Monate.

Schluß. Nachdruck verboten.

„Danach darf angenommen werden, daß Orla der Name Wemblins innerhalb der Organisation, war, daß eine solche bestanden hat, vielleicht auch jetzt noch fortbesteht, ist sicher. Nun, und die Bedeutung?"

„Gleich, gleich!" Die Gräfin faßte sich an den Kopf, der ihr zu zerspringen drohte. „Wemblin war doch in mich verliebt, stellte mir nach, ich sollte mich aber mit Gerstenberg verloben, der von meiner Bekanntschaft mit Wemblin nichts wissen durfte. Als nun eines Abends in dem Klub, als ich mit Gerstenberg in Unterhaltung war, Wemblin auftauchte, steckte mir Kereczik den Zettel zu, mit dem er mir sagte, ich solle auf der Hut sein. Unter einem Vorwand bin ich dann fortgegangen."

Ihre letzten Worte waren für die Kommissare kaum verständlich, dann sank sie wie leblos in die Kissen.

„Herr Doktor!"

Wolter rief es ins Nebenzimmer, der Arzt kam herein und nahm sich der Ohnmächtigen an, während die Kommissare sich entfernten.

Eine Minute später erschien Scholz mit dem Grafen Rymanow, auf Wolters Wunsch herbeigerufen.

„Wo ist meine Braut? Ich muß sie sehen! Ich habe eine wichtige Nachricht für sie!"

„Geduld, Herr Graf, der Arzt ist bei ihr. Sobald es möglich ist, werden Sie vorgelassen."

„Aber meine Herren, ich bringe ihr die beste Medizin der Welt. Kereczik hat sie mit gefälschten Papieren betrogen, alles, was er ihr über ihren Vater gesagt, ist erlogen! Ich muß zu ihr!"

Nur sehr energisches Verhalten der Kommissare konnte den Grafen veranlassen, von seinem Vorhaben abzustehen.

Endlich erschien der Arzt wieder und Graf Rymanow wurde das Wiedersehen mit seiner, von ihm so lange Zeit vergeblich gesuchten Braut gestattet.

Ein seliger Schrei kam an die Ohren der drei Männer, der Arzt fuhr zusammen und wollte zur Gräfin Raczkolni eilen, doch Wolter hielt ihn lächelnd zurück.

„Sie brauchen sich nicht zu bemühen, Herr Doktor! Jedes Menschenkind begrüßt bei seinem Erscheinen die Welt mit einem Schrei . . . die Gräfin erlebt eine Wiedergeburt, für sie beginnt ein neues und hoffentlich glücklicheres Leben!" — — —

Wolter nahm in seinem Amtszimmer den Hörer vom Apparat und drehte die Nummerscheibe.

„Hallo, Fräulein Oldenroth!"

„Ja, Herr Kommissar Wolter, nicht wahr?"

„Erraten! Verzeihen Sie, wenn ich störe, aber ich mußte Sie anrufen. Ich wollte Sie bitten, sich noch einmal nach dem Präsidium zu bemühen."

„Was . . . was ist . . . los?" klang es angstvoll an Wolters Ohr.

„Hier ist ein Herr, der Sie sehen und sprechen möchte."

„Mich? Wer . . . kann denn das sein? Sagen Sie mir doch seinen Namen!"

„Wenn ich Ihnen den sage . . . Nein, das geht nicht! Dann ist es mit der Ueberraschung für Sie vorbei, und eine Ueberraschung soll es ja sein. Doch halt, ein klein bißchen Verrat wird vielleicht nicht schaden. Also, es handelt sich um einen Herrn, der für ein paar Tage bei uns zu Gast war und dem ich eben die Mitteilung machen durfte, daß der gegen ihn erhobene Verdacht vollkommen unbegründet und er ein freier Mann ist. Er hat schrecklich viel Sehnsucht nach Ihnen!"

„Werner! — Herr Kommissar . . . ich . . . ich . . . Dank! Tausendfachen Dank! Ich komme! Ich komme!" Es war der Aufschrei eines jubelnden Herzens.

Lächelnd und selbst glücklich legte Wolter den Hörer wieder auf.

„Na, Fränkel," wandte er sich an seinen Gegenüber, der sich erhob, um das Zimmer zu verlassen, „bleiben Sie nicht zur Begrüßung?"

„Eigentlich habe ich ja verdammt wenig Ursache, mit vergnügter Miene dabei zu sein."

„Aber warum denn?"

„Als ich Lauffenberg verhaftete, sagte er zu mir: „Sie befinden sich in einem großen Irrtum und begehen ein Unrecht, für das Sie mich in wenigen Tagen werden um Verzeihung bitten müssen." Das muß ich ja nun zwar nicht, aber ich werde es tun."

„Sehr richtig, Fränkel, denn wenn wir auch lediglich die Diener des Rechtes sind, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß wir zugleich die Angestellten des Volkes sind, dem wir unsere Existenz verdanken. Und Lauffenberg ist ein ehrlicher, gerader Charakter, kein kleinlicher Mensch, er vor allem wird Verständnis dafür haben, daß Sie nicht wußten, was Sie nicht wissen konnten."

Eine Viertelstunde später standen sich Edith und Werner gegenüber, unsagbar war ihre Freude, sie nahm ihnen das Wort, sie konnten nur stammeln.

Als Fränkel Lauffenberg zum Glückwunsch die Hand reichte und auf dessen damalige Worte anspielte, bekam er zur Antwort:

„Wenngleich diese auch die hoffentlich schwersten Stunden meines Lebens für mich waren, die ich in der Zelle verbrachte, sie haben mir erst so recht zum Bewußtsein gebracht, welch herrlichen Schatz ich in meiner Edith habe. Fast müßte ich Ihnen jetzt noch dankbar sein."

„Aber wir sind es doch ihnen beiden, Herrn Wolter wie auch Herrn Fränkel, lieber Werner!"

„Ja, wir sind es! Und wenn unser Häuschen in Gatow zum Herbst fertig sein wird, dann — das müssen Sie uns versprechen! — sind Sie beide unsere Gäste!"

Und es wurde so.

Eines Sonntagsnachmittags, als das Laub schon leicht anfing, herbstliche Färbung anzunehmen, saßen sie zusammen auf der Veranda des Landhauses des Ehepaares Lauffenberg. Die Kommissare erzählten, welche unglaubliche Mühe sie noch mit der Fahndung nach den Mitgliedern der Organisation gehabt hatten, und noch dazu fast vergebliche, denn die Bande hatte für alle Staaten und gegen sie gearbeitet, und alle hatten eine heillose Angst gehabt, daß der andere ihm zuvorkommen könnte. Ein paar waren erwischt worden, der übrige Teil jedoch spurlos verschwunden, vielleicht lebte der jetzt in sicherem Gewahrsam in einem anderen Lande.

„Und was ist aus dem polnischen Grafenpaar geworden?" fragte Edith neugierig.

„Der Gräfin hat man keine direkte Schuld nachweisen können. Sie trägt übrigens jetzt den Namen Valeska Rymanow."

„Also ein glücklicher Ausgang! Das freut mich für die arme Frau!"

Sie alle stimmten Edith aufrichtig zu.

— Ende. —